



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Bundesamt für Migration BFM

Nr. 2 / April 2010



Inhalt

Bund	2
Kantone	12
Gemeinden	22
Andere Institutionen	27
Internationales	32
Publikationen	34
Webfunde	38

Editorial

Der Newsletter «integration» des Bundesamtes für Migration informiert Sie regelmässig über das aktuelle Geschehen (Entwicklungen, Projekte und Publikationen) im Bereich der Integration. Bund, Kantone und Gemeinden, aber auch Institutionen im weiteren thematischen Umfeld finden hier eine Plattform, um ihre integrationspolitischen Aktivitäten bekannt zu machen. Wir möchten mit diesem Newsletter unseren Informationsauftrag wahrnehmen und vor allem einen Beitrag zur Koordination leisten.

Ein breites Spektrum von Autorinnen und Autoren (kommunale und kantonale Integrationsdelegierte, Bundesstellen, Eidgenössische Kommissionen, Hilfswerke, NGOs usw.) unterstützt mit vielfältig fokussierten Beiträgen den notwendigen Diskurs über das Zusammenleben in der offenen Zivilgesellschaft. Die Inhalte der externen Beiträge und der verlinkten Seiten des Newsletters widerspiegeln jeweils nicht unbedingt die Position des Bundesamtes für Migration – BFM.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.

Bundesamt für Migration
April 2010

Bund

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

Bundesrat will Integration verstärken

Am 5. März 2010 hat der Bundesrat die bisherige Integrationspolitik des Bundes aus einer Gesamtsicht überprüft und den Bericht zur Weiterentwicklung der Integrationspolitik des Bundes gutgeheissen. Die geltende Integrationspolitik soll durch Verbesserungen in verschiedenen Bereichen verstärkt werden. Der Grundsatz, dass Integration nicht nur gefördert, sondern auch gefordert wird, bleibt zentral. Der Gedanke der Integration als Querschnittsaufgabe und verbindlicher Grundauftrag der zuständigen Regelstrukturen soll stärker verankert werden. Ebenfalls soll die spezifische Integrationsförderung weiterentwickelt werden.

Fördern und fordern

Die Integrationspolitik setzt auf die Selbstverantwortung der Ausländerinnen und Ausländer. Bei ausländerrechtlichen Entscheiden wird die Respektierung der Bundesverfassung und der Rechtsordnung, der Wille zu Bildung und Arbeit sowie das Erlernen einer Landessprache berücksichtigt. Das Erfordernis zur Integration soll noch klarer kommuniziert werden. Wenn nötig sind gezielt Integrationsvereinbarungen abzuschliessen oder Integrationsempfehlungen auszusprechen.

Bund unterstützt kantonale Integrationsprogramme

Der Bericht schlägt vor, dass der Bund künftig in der Integrationsförderung eine aktive strategische Rolle einnimmt. Er soll seinen Beitrag an kantonale Integrationsprogramme leisten, wobei er diesen um zusätzliche 15 bis 20 Millionen Franken pro Jahr erhöht und an eine Mitfinanzierungspflicht der Kantone knüpft. Der Bund soll verbindliche Zielvorgaben (Erstinformation und Beratung sowie Bildung und Arbeit) vorgeben und die Qualitätssicherung mit der Entwicklung geeigneter Instrumente gewährleisten.

Erstinformation für Zuwandernde

Die Prüfung hat ergeben, dass ein Teil der Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz zu wenig klar über die Rechte und Pflichten informiert ist oder von Informationsangeboten zu wenig erreicht wird. Daher wird eine flächendeckende Massnahme vorgeschlagen: Unabhängig ihrer Herkunft sollen alle Neuzuwandernden in einem persönlichen Gespräch über ihre Möglichkeiten und Chancen in der Schweiz informiert werden. Andererseits sollen sie auch frühzeitig auf die an sie gestellten Erwartungen und ihre Pflichten aufmerksam gemacht werden.

Bessere rechtliche Verankerung

Der Bericht schlägt vor, dass die Integration rechtlich besser verankert werden soll. Der Bundesrat lässt jedoch noch offen, ob die integrationsrechtlichen Bestimmungen in den einzelnen, bestehenden Gesetzen zu ergänzen oder in einem Integrationsrahmengesetz aufzunehmen sind.

Links:

Pressemitteilung:

http://www.bfm.admin.ch/bfm/de/home/dokumentation/medienmitteilungen/2010/ref_2010-03-052.html

Bericht:

<http://www.bfm.admin.ch/etc/medialib/data/migration/integration/berichte.Par.0041.File.tmp/ber-br-integrationspolitik-d.pdf>

Bund

Weiteres Gespräch mit Muslimen

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf, Vorsteherin des Eidg. Justiz- und Polizeidepartements (EJPD), hat am 23. Februar 2010 Vertreter von islamischen Organisationen zu einem weiteren Gespräch empfangen. Das Treffen fand erstmals in erweiterter Zusammensetzung statt, welche die Vielfalt der muslimischen Gemeinschaften in der Schweiz berücksichtigt.

Beide Seiten nahmen eine Standortbestimmung in Bezug auf die Integration der Muslime in der Schweiz vor. Namentlich wurde über die Frage diskutiert, wie wirksam die bisherigen auf soziokulturelle Bedingungen ausgerichteten Integrationsmassnahmen sind. Ein weiteres Thema war die Frage, wie das Verständnis der in der Schweiz niedergelassenen Muslime für die schweizerischen staats- und gesellschaftspolitischen Institutionen und Traditionen gestärkt werden kann. Ferner wurde auch darüber gesprochen, wie die Kenntnisse der Schweizer Bevölkerung über den Islam und die islamischen Gemeinschaften in der Schweiz verbessert werden können.

Seitens der Muslime nahmen am Treffen insgesamt 17 Personen teil. Es ist vorgesehen, dass dieser Dialog mit den Vertretern islamischer Organisationen weitergeführt werden soll.

Link:

Pressemitteilung: <http://www.news.admin.ch/message/?lang=de&msg-id=31914>

Bund

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

Studie zur Einbürgerung und Integration

Das Bundesamt für Migration und das Hamburgische WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) haben eine Studie zur Einbürgerung und Integration veröffentlicht. Die Untersuchung vergleicht Eingebürgerte, Ausländer und Schweizer aufgrund der Daten 2008 und 2007 der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE). Im Vordergrund der Studie steht die Frage nach der Integration der drei Zielgruppen im Arbeitsmarkt.

In der Studie wurde untersucht:

1. Inwiefern sich Eingebürgerte, Ausländer und Schweizer in Bezug auf soziodemografische Faktoren (z.B. Alter und Bildung) unterscheiden.
2. Wie die drei untersuchten Gruppen im Arbeitsmarkt integriert sind und inwiefern Unterschiede beim Arbeitsmarkterfolg durch die oben erwähnten Faktoren erklärt werden können.

Aus der Studie geht hervor, dass sich Eingebürgerte, Ausländer und Schweizer in Bezug auf soziodemografische Faktoren wie Alters- und Bildungsstruktur deutlich unterscheiden. Dabei weisen Eingebürgerte und Schweizer im Vergleich mehr Gemeinsamkeiten auf als Eingebürgerte gegenüber Ausländern.

Des Weiteren wurde festgestellt, dass die männliche Bevölkerung der drei Gruppen ungleich im Arbeitsmarkt integriert ist. Auch hier weisen eingebürgerte Zuwanderer grössere Gemeinsamkeiten mit Schweizern auf (Arbeitsmarktstellung und berufliche Stellung). Die Auswertungen ergeben zudem, dass eingebürgerte Zuwanderer weniger von der Arbeitslosigkeit betroffen sind und im Durchschnitt deutlich mehr verdienen als Ausländer, was sich u.a. mit einer besseren Ausbildung und höheren Arbeitsmarkterfahrung begründen lässt. Der geringere Lohnunterschied zwischen eingebürgerten Zuwanderern und Schweizern hingegen kann zum Teil mit einer unterschiedlichen Humankapitalausstattung (Ausbildung und Wissen) erklärt werden.

Die Ergebnisse der Studie zeigen somit, dass eingebürgerte Zuwanderer im Durchschnitt besser im Arbeitsmarkt integriert sind als Ausländer. Die Studie legt aus Sicht des BFM den Schluss nahe, dass im Rahmen des Einbürgerungsverfahrens gut integrierte Personen das Schweizer Bürgerrecht erhalten.

Link zur Studie:

<http://www.bfm.admin.ch/etc/medialib/data/migration/publikationen.Par.0003.File.dat/einbuengerungsstudie-d.pdf>

Bund

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

Monitor Zuwanderung

Das Bundesamt für Migration ist bestrebt, seine Informationspolitik stetig zu verbessern. Es wird deshalb künftig monatlich wichtige Kennzahlen aus den Bereichen Zuwanderung und Einbürgerung publizieren.

Mit dem Monitor Zuwanderung werden ausgewählte Kennzahlen aus den Bereichen Zuwanderung, Arbeitsmarkt und Einbürgerung in kompakter Form präsentiert. Er enthält Daten und Grafiken über die Einwanderung und die Auswanderung von Ausländerinnen und Ausländern aus dem EU/EFTA-Raum sowie aus Drittstaaten. Ein erläuternder und kommentierender Teil zu Beginn erleichtert den Zugang zu den Daten. Der Monitor Zuwanderung richtet sich an Fachpersonen und die interessierte Öffentlichkeit.

Um eine Vergleichbarkeit der Zahlen zu ermöglichen und so die Entwicklung der Zuwanderung ablesen zu können, werden die Zahlen des Vorjahresmonats (in dieser Ausgabe Januar 2009) jeweils mit abgebildet. Zu beachten ist, dass Monatsdaten deutlich schwanken können. Der Monitor wird künftig jeweils zu Beginn des Monats auf der Homepage des BFM publiziert.

Links:

Pressemitteilung:

<http://www.bfm.admin.ch/bfm/de/home/dokumentation/medienmitteilungen/2010/2010-03-03.html>

Monitor Januar 2010:

<http://www.bfm.admin.ch/etc/medialib/data/migration/statistik/auslaenderstatistik/monitor.Par.0001.File.tmp/monitor-zuwanderung-2010-01-d.pdf>

Bund

Muba-Auftritt

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

Die Mustermesse Basel (muba, 5.- 14. Februar 2010) gab Behörden und Vertretern aus Migrantenorganisationen die Gelegenheit, mit der Schweizer Bevölkerung in Kontakt zu kommen. Die direkten Begegnungen trugen dazu bei, den muba-Besuchern das Thema Integration näher zu bringen und eventuelle Missverständnisse zu klären.

Im Beisein von Bundesrat Didier Burkhalter wurde am Freitag, 5. Februar die muba 2010 feierlich eröffnet. Bei seinem offiziellen Rundgang mit den Medien besuchte er als erste Station den unter dem Motto "Aller Anfang ist Begegnung" stehenden gemeinsamen Auftritt des Bundesamtes für Migration und der Kantone AG, BE, BL, BS und SO.

Durch das grosszügige Angebot der Messe Schweiz wurde es erst möglich, dass das Bundesamt für Migration und die Integrationsstellen der Nordwestschweizer Kantone eine Plattform zum Thema "Integration" an der diesjährigen muba verwirklichen konnten.

Am Eröffnungstag konnte sich Regierungsrätin Sabine Pegoraro gemeinsam mit Regierungskollegen aus dem Baselbiet und vielen Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Medien davon überzeugen, dass dieser Auftritt, welcher innert kürzester Zeit geplant und umgesetzt wurde, gelungen ist. Dank diesem Auftritt haben das Bundesamt für Migration und die Kantone mit dazu beigetragen, dass vielen Besucherinnen und Besuchern der diesjährigen muba das Thema Integration in einer ungezwungenen und persönlichen Art näher gebracht werden konnte.

Die vielen mehrheitlich positiven Feedbacks von Besucherinnen und Besuchern, eingeladenen Parlamentarierinnen und Parlamentariern und Gemeindevertreterinnen und -vertretern bestärken die Behörden in ihrer täglichen Arbeit im Bereich Integration.

Bund

Partnerschaften für Migration und Entwicklung

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

„Gemeinsam zu Wohlstand – in gemeinsamer Verantwortung“ ist das Motto der Konferenz des Globalen Forum für Migration und Entwicklung vom November 2010 und wird von Mexico organisiert.

Die Teilnehmenden beschäftigen sich vor allem mit der Frage wie Migration zum Wohlergehen von Herkunfts-, Transit- und Empfängerländern beiträgt. Partnerschaften scheinen die geeignete Form der Zusammenarbeit zu sein. Wenn sich die verschiedenen Staaten an einen Tisch setzen und alle Aspekte und Bedürfnisse offen diskutieren, können ausgewogene Politiken entworfen werden, die letztendlich der Entwicklung aller beteiligten Länder dienen. Integration spielt dabei eine wichtige Rolle: MigrantInnen, die sich im Empfängerland sozial und beruflich integrieren können, die sich und ihre Familie bilden und weiterbilden, nehmen in der Gesellschaft einen wichtigen sozialen und wirtschaftlichen Platz ein. Bei einer Rückkehr der MigrantInnen kommt diese „Menschliche Entwicklung“ wiederum dem Herkunftsland zu gute.

Das Forum ist ein Ort des Austauschs und der Diskussion unter den Regierungen, mit Einbezug von Expertinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft. Eine Delegation des EDA, der DEZA, des BFM und des SECO wird die Schweiz an diesem Forum vertreten.

Link zum „Global Forum on Migration and Development“:

<http://www.gfmd-fmmd.org/>

Bund

Zwei Gesundheitslehrmittel für die Migrationsbevölkerung

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

Im Rahmen des Nationalen Programms Migration und Gesundheit sind zwei neue Deutsch-Lehrmittel für unterschiedliche Sprachniveaus erschienen. Sie sollen dazu beitragen, die in der Schweiz lebenden Migranten und Migrantinnen für Gesundheitsthemen zu interessieren, ihre Eigenverantwortung zu stärken und ihre Verständigung mit dem Gesundheitspersonal zu verbessern.

Das Lehrbuch „Gesund leben“ ist für Personen mit Erfahrung in strukturiertem Lernen zu empfehlen. Die „Unterrichtsmappe Gesundheit“ ist dagegen für Personen geeignet, die wenig Übung im Lesen und Schreiben haben.

„Gesund leben“ vermittelt den deutschen Wortschatz, der in alltäglichen Situationen zum Thema Gesundheit gebräuchlich ist. Das Lehrmittel eignet sich für Sprachkurse ab Niveau A2 und befähigt Anderssprachige, über ihre Gesundheit und ihren Körper zu reden und Präventionsbotschaften oder Mitteilungen der Krankenkasse zu verstehen.

Die „Unterrichtsmappe Gesundheit“ enthält anschauliche, flexibel einsetzbare Lerneinheiten zum Thema Gesundheit in einfachem Deutsch sowie Hinweise und Hilfsmittel zur Kursgestaltung.

Unter www.miges.admin.ch sind die Materialien auch elektronisch erhältlich. Sie eignen sich besonders für bildungsungewohnte Migranten und Migrantinnen in Sprach- und Integrationskursen.

Links:

Nationales Programm Migration und Gesundheit:

<http://www.bag.admin.ch/themen/gesundheitspolitik/07685/index.html?lang=de>

Plattform „Migesplus“: <http://www.migesplus.ch/auftrag-de.php>

Bund

Brunnenhof Zürich – ein interkulturelles Wohnmodell

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

Die Vielfalt der Mieterschaft in der Siedlung Brunnenhof soll nicht problematisiert, sondern als Potential gesehen werden. Das Wohnmodell hat das Ziel, das friedliche Zusammenleben aktiv zu fördern und die Bewohnerschaft für die Mitarbeit zu gewinnen.

Die Siedlung Brunnenhof der Stiftung „Wohnungen für kinderreiche Familien“ in Zürich schafft mit den 72 neu erstellten Wohnungen ein attraktives Angebot für eine breit gefächerte Mieterschaft. Bei Neu-Vertragsabschluss führt die Stiftung Gespräche durch, um die Mieterschaft auf die speziellen Anforderungen der Siedlung vorzubereiten.

Die Sozialarbeiterin der Bauträgerschaft stellte noch vor Bezug der Wohnungen mit den umliegenden Institutionen wie Schule, Hort, Kindergarten etc. den Kontakt her. Beim Bezug wurde die Mieterschaft vom Hauswart begrüsst und in die diversen Regeln und Vorschriften eingeführt.

Die Stiftung Domicil erarbeitete das Konzept des Projektes, übernahm dessen Leitung und führte im Auftrag des BWO während der ersten drei Jahre eine Prozess- und Wirkungsevaluation durch. Parallel dazu wurde der Berner Fachhochschule für Soziale Arbeit ein Auftrag für eine Begleitevaluation erteilt. Zwischen Stiftung und Hochschule entwickelte sich eine konstruktive Zusammenarbeit. In den nun vorliegenden Berichten vermittelt erstere eine praxisnahe Innensicht der Möglichkeiten und Grenzen des interkulturellen Zusammenlebens, die durch eine differenzierte Aussensicht der BFH ergänzt wird. Beide Texte sind lesefreundlich geschrieben und berichten unvoreingenommen über Erfolge und Hürden des Wohnmodells.

Links:

Bundesamt für Wohnungswesen: www.bwo.admin.ch

Dokumentation zum Projekt:

http://www.bwo.admin.ch/dokumentation/00106/00108/index.html?lang=de&download=NHZLpZeg7t.lnJ6lzdelp96km56VIWZumpdOqdayYLGH4crdzYam3aiFfm2qsGym162epYbg2c_JjKbNoKOn6A--

Bund

Kompetenzzentrum Integration durch Sport - KIS

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

Das Kompetenzzentrum Integration durch Sport (KIS) beim Bundesamt für Sport (BASPO) hat das Ziel, die Chancengleichheit und die Partizipation von Migrantinnen und Migranten im Sport zu fördern und dadurch ihre Einbindung in die Gesellschaft zu verbessern. Ab 2010 können Projekte mit dieser Zielsetzung über den KIS-Projektfonds auch finanziell unterstützt werden.

Das KIS hat seine Arbeit anfangs 2009 aufgenommen. Mittels angewandter Forschung werden Grundlagen entwickelt, die interessierten und betroffenen Personen und Institutionen zur Verfügung stehen. Zum Beispiel ist die Informationsbroschüre *Bewegung ist Leben* in neun Sprachen erhältlich. Sie regt Migrantinnen und Migranten zu mehr Bewegung und Sport an. Für die Schule wurde in Kooperation mit der Swiss Academy for Development (SAD) das Handbuch *Begegnung durch Bewegung* entwickelt. Diese Kooperation wird aktuell im Projekt *Vielfalt bewegt Sportvereine* fortgesetzt. Es wird ein Leitfaden für Sportvereine mit praxisnahen Handlungsempfehlungen zum Umgang mit kultureller Vielfalt im Vereinsalltag entwickelt.

Die Umsetzung der Grundlagen findet in verschiedenen Settings statt: in den Gefässen der Aus- und Weiterbildung, z.B im Rahmen des Bachelor-Studiums der EHSM und in den Weiterbildungsangeboten von Jugend + Sport sowie im Rahmen von Weiterbildungsveranstaltungen von Institutionen im Migrations- und Integrationsbereich. Ausserdem ist das KIS in der Umsetzung der Grundlagen im Rahmen des Programms Projets Urbains engagiert.

Das KIS strebt die Vernetzung und den Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen Akteuren und Organisationen aus den Bereichen Migration, Integration und Sport an. Der 2. Vernetzungsworkshop stiess 2009 auf breites Interesse. Die 3. Durchführung findet am 18.11.2010 in Magglingen statt.

Seit 2010 steht ein Projektfonds zur Verfügung. Der Fonds unterstützt Projekte finanziell, die Sport als Integrationsinstrument einsetzen. Unterstützungsanträge werden zweimal jährlich beurteilt.

Informationen und allgemein zum KIS sind zu finden unter: www.baspo.ch/kis

Bund

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

Weiterführung der Weiterbildungsangebote zum „Rechtsratgeber“

Seit Sommer 2009 bietet die Fachstelle für Rassismusbekämpfung (FRB) das Fachwissen für die Durchführung von massgeschneiderten Weiterbildungskursen zum „Rechtsratgeber: Rassistische Diskriminierung“ an. Bis heute wurden in der ganzen Schweiz von Verwaltungseinheiten, NGOs und Vereinen bereits 24 Kurse mit mehr als 300 Teilnehmenden auf Deutsch und Französisch organisiert.

Das Angebot richtet sich an alle die bei ihrer täglichen Arbeit mit Rassismus und Diskriminierung konfrontiert werden: neben Personen, die im Integrationsbereich aktiv sind, Behördenmitglieder, Sozialarbeiter/innen, Polizisten/-innen, Lehrpersonen etc. Der Kurs hilft Fragen zu beantworten wie: Kann oder soll ich Anklage erstatten? Handelt es sich überhaupt um Rassismus? Wie sieht mein / unser weiteres Vorgehen aus? Wie kann ich mich vor ungerechten Vorwürfen wehren?

Die Teilnehmenden erhalten praxisorientierte Ratschläge zum Vorgehen, werden aber über die Grenzen des Rechtsweges und mögliche Alternativen aufgeklärt.

Der „Rechtsratgeber“ und das Kursangebot wurden in Zusammenarbeit mit der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus EKR und Humanrights.ch erarbeitet.

Für weitere Informationen sowie Bestellung des „Rechtsratgebers“:

www.edi.admin.ch/ara

Links:

www.edi.admin.ch/ara

www.humanrights.ch

Menschenrechte in der Schule

Zum *UNO-Jahr des Menschenrechtslernens* lancierte die Stiftung Bildung und Entwicklung eine neue Finanzierungslinie zur Förderung von Schulprojekten. 2009-2010 stehen 200'000 Franken zur gezielten Förderung des Lernens über Menschenrechte in Schulen zur Verfügung. Die Projekte können bis 2011 durchgeführt werden.

Die Fachstelle für Rassismusbekämpfung (EDI), die Politische Abteilung IV (EDA), die Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen und das Büro für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung ermöglichen diese auf zwei Jahre beschränkte Aktion.

Kriterien für Projekteingaben:

- Pro Projekt können maximal 10'000 Franken beantragt werden, der Eigenfinanzierungsgrad muss bei mindestens 50 Prozent liegen.
- Die Projekte werden von einer unabhängigen Kommission aus Expertinnen und Experten geprüft.

Weitere Informationen, Anleitung und Gesuchsformulare:

www.globaleducation.ch → Finanzhilfen

Bund

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

Unterricht in heimatlicher Sprache und Kultur (HSK)

Die EDK-Datenbank zum Unterricht in heimatlicher Sprache und Kultur ist aktualisiert worden (Stand: Schuljahr 2009/2010). Zusätzlich steht sie neu auch auf Italienisch zur Verfügung.

Die Datenbank informiert in erster Linie über die Rahmenbedingungen für diesen Unterricht (gesetzliche Grundlagen, Anmeldeverfahren, Informationsmaterialien usw.) und enthält Links zu den Kontaktstellen in den Kantonen.

Zur Datenbank:

Deutsch: <http://www.edk.ch/dyn/19191.php>

Französisch: <http://www.edk.ch/dyn/19249.php>

Italienisch: <http://www.edk.ch/dyn/21121.php>

Was ist Unterricht in heimatlicher Sprache und Kultur (HSK)?

Schülerinnen und Schüler mit einer anderen Erstsprache als der in der Schule gelehrt lokalen Schulsprache können vielerorts auf freiwilliger Basis Unterricht in ihrer Herkunftssprache besuchen. Dieser sogenannte HSK-Unterricht wird durch staatliche oder nicht-staatliche Trägerschaften der Migrationsgemeinschaften sowie vereinzelt auch durch Kantone beziehungsweise Schulgemeinden und Hilfswerke angeboten. Er steht in der Regel Kindern offen, welche in ihrer Familie diese Herkunftssprache sprechen oder das Staatsbürgerrecht des Herkunftsstaates besitzen.

Link: www.edk.ch

Kontaktperson: Regina Bühlmann

Bund

Regierungsrat erlässt Integrationskonzept

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

Die Vernehmlassung zu einem neuen Integrationskonzept ist rege benützt worden. Die Absicht des Regierungsrates, den Bereich der Integration in Appenzell Ausserrhoden zu verstärken und zu koordinieren, wurde durchwegs begrüsst. Auch die vorgeschlagenen Integrationsangebote wurden breit unterstützt. Das Konzept wird nun schrittweise umgesetzt.

„Anreize - Fördern - Fordern“

Mit dem neuen Konzept werden verschiedene Ziele hauptsächlich in den Bereichen Bildung - Beschäftigung, Kulturvermittlung sowie beim gemeinsamen Leben im öffentlichen Raum verfolgt. Im Vordergrund stehen einerseits die Sprachförderung und die Respektierung der in der Schweiz geltenden Normen und Werte, andererseits aber auch die Förderung des gegenseitigen Verständnisses zwischen der ansässigen Bevölkerung und den Migrantinnen und Migranten.

Nach festgelegten Kriterien werden aktive Integrationsleistungen belohnt, aber auch Integrationsschwierigkeiten angegangen. So ist beispielsweise ein Beitrag an einen erfolgreich besuchten Sprachkurs ebenso möglich wie das Einfordern von konkreten Leistungen mittels einer Integrationsvereinbarung, wenn Migrantinnen und Migranten grundlegende Schwierigkeiten bei der Integration im Kanton bekunden.

Schrittweise Umsetzung des Konzeptes

Bereits in diesem Jahr werden nun neben den schon bestehenden Angeboten erste zusätzliche Angebote wie spezifische Informationsbroschüren für Neuzuziehende oder eine Regelung bezüglich Kostenbeiträge an erfolgreich besuchte Sprachkurse eingeführt. Weiter hat der Regierungsrat die Aufträge erteilt, eine Fachkommission Integration unter geeignetem Miteinbezug von Migrantinnen und Migranten vorzuschlagen sowie die Notwendigkeit von kantonalen rechtlichen Grundlagen ergänzend zum bestehenden Bundesrecht abzuklären.

Link zum Integrationskonzept des Kantons AR:

http://www.ar.ch/index.php?eID=tx_nawsecuredl&u=0&file=fileadmin/user_upload/Departement_Inneres_Kultur/AsyllIntegration/Integrationskonzept_AR.pdf&t=1269438500&hash=b82d78f26cd82d813ef42e09e0ebb090

Bund

Kulturlandsgemeinde 2010: „Im Land der Fremden“

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

Migration und Nomadentum sind die Themen der fünften Ausserrhoder Kulturlandsgemeinde kKL10. Sie findet am 1. und 2. Mai in Trogen statt. Hauptredner ist der bosnische Schriftsteller Dzevad Karahasan, Gastort das Kinderdorf Pestalozzi.

Das politisch-kulturelle Mini-Festival war bisher unter anderem Fragen der Urbanität oder, im letzten Mai, der Finanzkrise gewidmet. 2010 wird der Anlass «nomadisch» in einem weitgespannten Sinn. Unter dem Titel «Im Land der Fremden» fragt die kKL 10 nach den Formen und Gründen von Migration und Unterwegssein (Flucht, Arbeitsmigration, Künstler-Emigration, Tourismus...) und nach deren Folgen, die sich europaweit unter anderem heftig zeigen in der Abwehr des Islam. Wie behaupten sich Fremdes und Eigenes, wo geschieht Abgrenzung und Ausgrenzung und wo Assimilation, welche Grenzzäune braucht und verträgt das «globale Dorf», was für ein Glück kann das Andere, Fremde dem Eigenen beifügen? – Das sind einige Aspekte, welche in Referaten und Kunstaktionen beleuchtet und in der Diskussion mit dem Publikum vertieft werden.

Der Eintritt zu allen Veranstaltungen ist frei. Für die Workshops gilt eine Anmeldefrist bis 22. April. Die Ergebnisse der Workshops fliessen ein in die «Sendschrift», das Manifest der kKL.

Die kleine Kulturlandsgemeinde kKL 10 ist eine gemeinsame Veranstaltung des Kantons Appenzell Ausserrhoden im Rahmen des Regierungsprogramms 2007–2011 und der Ausserrhodischen Kulturstiftung. Kuratiert wird sie von einem siebenköpfigen Team. Kooperationspartner der diesjährigen kKL ist das Kinderdorf Pestalozzi Trogen. (pd)

Anmeldungen für die Workshops an Amt für Kultur, Obstmarkt 1, 9102 Herisau oder info@kulturlandsgemeinde.info. Details im Netz: www.kulturlandsgemeinde.info

Bund

Ab 2010: Neuzuzüger-Begrüssung im Rathaus

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

Neuzugezogene werden in Basel-Stadt bereits seit 2000 regelmässig zur Begrüssungs- und Informationsveranstaltung "Willkommen in Basel" eingeladen. Der Stadtkanton hat damit eine Pionierrolle übernommen und führt diese Tradition auch 2010 fort.

Die Veranstaltung ist Teil des von «Integration Basel» modulartig aufgebauten Begrüssungs- und Begegnungskonzepts "Willkommen". Dieses ist neu Teil des kantonalen Projekts „Welcome“, welches im Legislaturplan 2009-2013 mit dem Ziel verankert wurde, den Ersteindruck, den Gäste und Neuzuziehende von Basel erhalten, zu verbessern. «Integration Basel» hat im Hinblick auf dieses Legislaturziel das Konzept der Begrüssungsveranstaltung angepasst. Seit Februar 2010 findet sie in feierlichem Rahmen im Grossratssaal des Basler Rathauses statt.

Wie bisher wird auch 2010 für die grössten Sprachgruppen jeweils ein eigener Anlass durchgeführt, an dem die Neuzugezogenen gezielt über die Lebens- und Arbeitsbedingungen, Angebote zur Integrationsförderung sowie allgemeine Rechte und Pflichten informiert werden. Neben dem informativen Teil bietet das Programm auch Unterhaltung und Gelegenheit zu Kontakt und Austausch mit Fachpersonen aus der Verwaltung und anderen Neuzugezogenen.

Die ersten zwei von insgesamt neun Veranstaltungen waren sehr gut besucht und haben bereits gezeigt, dass der neue Veranstaltungsrahmen bei den Gästen gut ankommt. Aufgrund direkter Rückmeldung und Feedback mittels Fragebogen erhobenen Rückmeldungen wurde deutlich, dass viele Neuzugezogene sich sehr geehrt gefühlt haben, in einem so prestigereichen Rahmen begrüsst worden zu sein – ein wichtiger Schritt in Richtung Legislaturziel ist erreicht.

Link: www.welcome-to-basel.bs.ch

Bund

Integrationsgesetz geht in die Vernehmlassung

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

"Fördern und Fordern": Auf diesem Grundsatz baut das erste Integrationsgesetz des Kantons Bern auf. Da Integration alle Mitglieder der Gesellschaft betrifft, sind darin die Verpflichtungen sowohl für die Migrantinnen und Migranten wie auch für den Kanton und die Gemeinden festgehalten.

Der Entwurf des neuen Gesetzes verpflichtet längerfristig und rechtmässig im Kanton Bern lebende Ausländerinnen und Ausländer zur Integration. Die Auseinandersetzung mit den hiesigen Lebensbedingungen, das Erlernen einer Amtssprache, der Erwerb von Bildung, die Beteiligung am Wirtschaftsleben und die Respektierung der rechtsstaatlichen Ordnung zählen zum Beitrag der Ausländerinnen und Ausländer. Damit sie ausreichend über ihre Rechte und Pflichten Bescheid wissen, obliegt dem Kanton und den Gemeinden eine entsprechende Informationspflicht. Das Gesetz sieht neu ein dreistufiges Erstgespräch vor. So haben die Wohngemeinden bei der Anmeldung obligatorische Begrüssungsgespräche durchzuführen. Dabei werden den Ausländerinnen und den Ausländern die Integrationsziele vorgestellt sowie Informationen über Angebote zur Förderung der Integration wie unter anderem Sprachkurse vermittelt. Für eine vertiefte Information kann die Gemeinde die Neuzuzüger an ein Kompetenzzentrum verweisen, das im Auftrag des Kantons zur Information auch eine Bedürfnisabklärung vornimmt. Scheint es dann zweckmässig zu sein, kann die Migrationsbehörde oder unter Umständen die Gemeinde die Teilnahme an einer Integrationsmassnahme mit einer Vereinbarung verbindlich regeln. Die Nichteinhaltung kann schliesslich mit der Nichtverlängerung der Aufenthaltsbewilligung oder einer Busse sanktioniert werden. In dieser Form sind die obligatorischen Erstgespräche in der Schweiz einmalig.

Die Vernehmlassung zum Entwurf des neuen Integrationsgesetzes dauert bis 25. Juli 2010. Voraussichtlich im nächsten Jahr wird der Grosse Rat das Gesetz beraten. Vorgesehen ist, dass das Integrationsgesetz im Jahre 2012 in Kraft gesetzt werden kann.

Link: <http://www.be.ch/web/index/kanton/kanton-mediencenter>

Informationsveranstaltung Projektarbeit

Die Fachstelle Integration und die Kompetenzzentren isa Bern, Multimondo Biel und KIO Thun laden am Samstag, 8. Mai 2010 die Trägerschaften von Integrationsprojekten und weitere Interessierte zum Info- und Austauschtreffen ein.

Thematisch stehen diesmal laufende Projekte im Zentrum. In einem Referat und anschliessenden Workshops werden einfache Instrumente für die Steuerung, die Evaluation und den Abschluss von Projekten sowie Strategien für das Weitergeben von Projekterfahrungen vermittelt. Der Austausch unter den Teilnehmenden soll dabei nicht zu kurz kommen.

Weitere Infos unter www.isabern.ch

Bund

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

Aktionswoche zum Internationalen Tag gegen Rassismus

Auch in diesem Jahr wurde in Genf vom 14. bis 21. März die Aktionswoche zum Internationalen Tag gegen Rassismus durchgeführt. Hauptziel dieser Ausgabe war, einen Denkanstoss zur Entwicklung unserer Gesellschaften, zur Vielfalt und zur Bekämpfung der Vorurteile und Diskriminierungen zu geben. Symbol der Kampagne 2010 war ein mit Salz und Pfeffer gefüllter Salzstreuer – eine Metapher für die Ablehnung des Rassismus und den multikulturellen Charakter unserer Gesellschaft.

Während der ganzen Woche setzten sich zahlreiche Akteure in Genf dafür ein, allen Einwohnerinnen und Einwohnern die Möglichkeit zu bieten, sich zu informieren, sich mit Personen aus ihrem Umfeld über den Rassismus auszutauschen und dem Fremden zu begegnen. Nebst den institutionellen Partnern des Anlasses, zu denen das Integrationsbüro des Kantons Genf und die Gemeinden gehören, organisierten zahlreiche Vereine rund vierzig Aktivitäten (Filme, Speisen aus verschiedenen Kulturen, Diskussionen, Workshops, Ausstellungen, Darbietungen).

Das Programm der Aktionswoche wurde wie im Jahr 2009 vor allem von den Genfer Vereinen auf die Beine gestellt. Dieses Jahr haben aber auch rund zwanzig Restaurants einen wertvollen Beitrag geleistet. Sie stellten Salzstreuer mit Salz und Pfeffer auf ihre Tische, daneben das Programm zur Aktionswoche. Bestimmt drehten sich einige Gespräche beim Essen oder Kaffeetrinken früher oder später auch um die Themen der Kampagne: die Gefahren des Rassismus und den Mehrwert einer multikulturellen Gesellschaft.

Link: www.ge.ch/integration

Bund

«Goldener Enzian» - Erster St. Galler Integrationspreis

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

Um den St. Galler Integrationspreis «Goldener Enzian» können sich interessierte öffentliche Institutionen sowie private Personen und Gruppen bewerben, die sich für eine erfolgreiche und nachhaltige Integration und Partizipation der Bevölkerung im Kanton einsetzen. Die Preisverleihung findet am 17. November 2010 statt.

Ob ein Ausländerverein im Toggenburg am Sonntagmorgen für seine Mitglieder einen Deutschkurs durchführt, eine Schulgemeinde im Werdenberg für schwierige Elterngespräche mit Fremdsprachigen professionelle Übersetzerinnen bezieht oder eine Gemeinde am Bodensee ein Quartierentwicklungsprojekt initiiert: Es gibt im Kanton St. Gallen unzählige vorbildliche und erfolgreiche Integrationsprojekte.

Mit dem «Goldenen Enzian» zeichnet der Kanton St. Gallen zum ersten Mal Integrationsprojekte aus, die einen innovativen Beitrag zum friedlichen Zusammenleben leisten. Der Kanton zeichnet vorbildliche Projekte mit Preisen im Gesamtwert von maximal 20'000 Franken aus.

Im Vordergrund des «Goldenen Enzians» stehen Projekte, welche die Ursachen mangelnder Integration erfolgreich bekämpfen, durch Praxisnähe, Originalität und Wirkung überzeugen, gleichzeitig aber auch Modellcharakter haben. Die Preisträgerinnen und Preisträger werden von einer Jury unter dem Vorsitz von Regierungsrätin Kathrin Hilber, Vorsteherin des Departementes des Innern, ermittelt. Die Preisverleihung findet am 17. November 2010 im Pfalz Keller in St. Gallen statt.

Zu den Ausschreibungsunterlagen:

Kompetenzzentrum Integration des Kantons: www.integration.sg.ch

Plattform „Enzian“: www.enzian.ch

Bund

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

Potentialabklärung und Integrationsplan für Flüchtlinge

Im Auftrag des Kantons St. Gallen betreute der private St. Galler Flüchtlingsdienst von 2001 bis Ende 2009 anerkannte und vorläufig aufgenommene Flüchtlinge. Seit dem 1. Januar 2010 sind für die Ausrichtung der Sozialhilfe, die Beratung und die Integration von sozialhilfeabhängigen Flüchtlingen die Sozialämter der Gemeinden zuständig. Der Kanton St.Gallen unterstützt die Gemeinden bei der Flüchtlingsintegration und setzt zusätzliche Massnahmen um.

Zusammen mit den Gemeinden entwickelte der Kanton ein Konzept, um den individuellen Integrationsbedürfnissen von Flüchtlingen gerecht zu werden. Mit einer Potentialabklärung werden die aktuelle Situation analysiert, der Schulungsbedarf geklärt und eine Integrationsperspektive entwickelt. Die notwendigen Massnahmen zur Realisierung der Perspektive werden in Absprache mit dem Flüchtling in einem individuellen Integrationsplan festgehalten.

Gestützt auf die individuellen Integrationspläne erteilt der Kanton den Gemeinden eine Kostengutsprache zur Finanzierung der individuellen Integrationsmassnahmen. Die vom Bund ausgerichteten Integrationspauschalen werden so in Zukunft subjektorientiert und zielgerichtet eingesetzt.

Link: www.integration.sg.ch

Bund

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

Neues St. Galler Modell der Integrationsvereinbarungen

Gemäss neuem Ausländergesetz (AuG) können die Kantone zur Integrationsförderung das Instrument der sogenannten Integrationsvereinbarungen nutzen. Der Kanton St.Gallen erweitert den Kreis der Adressaten ab April 2010.

Im Kanton St.Gallen kommen seit dem 1. Januar 2008 drei Kategorien von Integrationsvereinbarungen durch das Ausländeramt zur Anwendung: Integrationsvereinbarungen mit *Personen mit vorläufiger Aufnahme, mit Brückenpersonen sowie mit Jugendlichen, die erst spät im Familiennachzug einreisen.*

Ab April 2010 kommt zusätzlich zu den bereits eingeführten Integrationsvereinbarungen ein neuer Adressatenkreis dazu. Hauptsächlich Adressaten werden *Drittstaatsangehörige sein, die aus dem Ausland zu ihren in der Schweiz lebenden ausländischen Ehegatten ziehen werden.* Im Zentrum steht der Erwerb der deutschen Sprache bzw. die Verpflichtung zum Kursbesuch. Auf dieser Basis wird das Ausländeramt künftig rund 500 Integrationsvereinbarungen pro Jahr abschliessen.

Der Grundsatz der Durchsetzbarkeit schränkt den Adressatenkreis insofern ein, als Integrationsvereinbarungen nur mit Ausländern abgeschlossen werden können, die aus Staaten ausserhalb der Europäischen Union oder der EFTA stammen und die (noch) nicht im Besitz einer Niederlassungsbewilligung sind.

Die Umsetzung des St.Galler Modells der Integrationsvereinbarungen ist nur möglich, wenn Fremdsprachige der Pflicht zum Spracherwerb auch tatsächlich nachkommen können. Voraussetzung dafür ist einerseits, dass ein flächendeckendes, bezahlbares Kursangebot besteht. Das Kompetenzzentrum Integration, Gleichstellung und Projekte im Departement des Innern baute im Verlauf der letzten Jahre dieses Netz niederschwelliger Sprachkurse auf. Andererseits erstattet der Kanton bei Migrantinnen und Migranten mit tiefen Einkommen bei lückenlosem Kursbesuch die Hälfte der Kurskosten zurück.

Mehr Informationen zum St.Galler Modell der Integrationsvereinbarungen finden sich auf der kantonalen Integrationswebseite www.integration.sg.ch.

Bund

Merkblatt zuhanden der Gemeinden

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

Im Kanton Waadt wurde vor Kurzem ein Merkblatt zuhanden der Gemeinden zum Empfang der neu in den Kanton gezogenen Personen veröffentlicht. Ziel des Merkblatts ist, die Anstrengungen der Gemeinden, die ein Programm zum Empfang der neu in ihr Gebiet zugewanderten Ausländerinnen und Ausländer einführen möchten, aufzuwerten und die Gemeinden bei der Entwicklung solcher Programme zu inspirieren.

Pro Jahr lassen sich rund 30 000 Personen im Kanton Waadt nieder. Zurzeit beläuft sich die Zahl der ausländischen Wohnbevölkerung auf 200 000 Personen. Der Grossteil davon lässt sich aus beruflichen Gründen im Waadtland nieder.

Die ersten Kontakte mit den Gemeindebehörden haben einen wesentlichen Einfluss darauf, ob sich jemand wohlwollend oder zurückhaltend aufgenommen fühlt. Um die Anstrengungen der Gemeinden, die ein Programm zum Empfang der neuzugezogenen Ausländerinnen und Ausländer einführen möchten, aufzuwerten, hat das kantonale Integrationsbüro (Bureau cantonal pour l'intégration des étrangers) dieses Merkblatt herausgegeben. Das Merkblatt soll die Gemeinden auch bei der Entwicklung neuer Empfangspraktiken inspirieren.

Das Dokument enthält konkrete Beispiele einer guten Praxis. Es wurde als Toolbox konzipiert, der jede Gemeinde nach eigenem Bedarf etwas entnehmen kann.

Das Merkblatt zuhanden der Gemeinden kann auf folgender Website bestellt oder heruntergeladen werden: www.vd.ch/integration

Bund

Aktionstag zum Internationalen Tag gegen Rassismus

Kantone

Gemeinden

Als Mitglied der Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus führte die Stadt Bern im März 2010 einen Aktionstag zum Internationalen Tag gegen Rassismus durch.

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

Am 20. März waren mobile Equipen in der Innenstadt unterwegs, welche mittels filmischer Szenen zu rassistischer Diskriminierung das Gespräch mit Passantinnen und Passanten suchten. Auf dem Waisenhausplatz war ausserdem der Stopp-Rassismus-Kiosk stationiert, wo Interessierte mit Fachleuten ins Gespräch kommen konnten und Informationen und Unterlagen erhielten.

Die Stadt Bern hat sich zum Ziel gesetzt, den Internationalen Tag gegen Rassismus als wichtigen Termin bei der Bekämpfung von Ausgrenzung und Fremdenfeindlichkeit zu etablieren und plant deshalb jährliche Aktionen rund um den 21. März.

Die Aktion ist Teil des Aktionsplans gegen Rassismus und wurde gemeinsam mit der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus EKR und dem gggfon – Gemeinsam gegen Gewalt und Rassismus realisiert.

Weitere Informationen zur Städte-Koalition und zum Aktionsplan unter:
www.bern.ch/gegenrassismus

Bund

Lausanne – ein Frühling für Taten

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

Während der 4. Ausgabe ihrer Aktionswoche gegen Rassismus bot die Stadt Lausanne vom 12. bis 20. März 2010 eine Reihe von Kursen, Konferenzen und Diskussionen für Personen im Dienste des Menschen an.

Es war eine Premiere für die Schweiz. Unter dem Motto «Lausanne, un printemps pour agir» schritt das Lausanner Büro für Integrationsförderung mit einer Reihe von zwölf Kursen, Konferenzen und Diskussionen koordinierend zur Tat. Die Aktionswoche gegen Rassismus konzentrierte sich auf die Ausbildung von Berufsleuten, die im Alltag mit Rassismus konfrontiert sind, und sollte der Rassismusprävention damit langfristig Schwung verleihen.

Rund 400 Personen aus den Bereichen Gesundheit, Vereinswesen, Gemeindeverwaltung, Schule oder Sport haben den einen oder anderen Kurs besucht. Das Ziel der Kurse im Rahmen der Aktionswochen gegen Rassismus bestand hauptsächlich darin, die eigene Berufspraxis zu hinterfragen, durch kulturelle, nationale oder religiöse Spannungen herbeigeführte Konfliktsituationen zu verstehen, aber auch Instrumente kennenzulernen, die auf dem Terrain helfen können, heikle Momente gelassener zu meistern.

Die Stadt Lausanne ist Mitglied der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus der UNESCO. Die Woche mit Kursen und Diskussionen war ein Tatbeweis für dieses Engagement – ein konkretes Engagement der Akteure der Vereine und der öffentlichen Hand.

Link: www.lausanne.ch/bli

Bund

Die Fachstelle Frühförderung ist eröffnet

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

Anfangs Januar 2010 nahmen die beiden Mitarbeiterinnen der Fachstelle Frühförderung, eine Koordinatorin und eine aufsuchende Sozialarbeiterin, ihre Arbeit auf. Die Fachstelle Frühförderung ist eine Kooperation der Stadt Winterthur und des Jugendsekretariats. Sie unterstützt Familien mit Kindern im Vorschulalter, welche besondere Förderung brauchen. Sie berät Eltern in der Förderung ihrer Kinder und vermittelt Kindern das richtige Angebot zur richtigen Zeit.

Die Hauptaufgaben der Koordinatorin liegen in der Vernetzung der städtischen, kantonalen und privaten Stellen. Sie stellt die Kommunikation und Kooperation unter den Fachstellen sicher und ermöglicht den Fachaustausch. Sie unterstützt Kinderkrippen, Spielgruppen und andere Angebote bei ihrer Weiterentwicklung, damit diese auch die Bedürfnisse von Kindern aus benachteiligten Familien besonders berücksichtigen können. Zudem erschliesst sie finanzielle Ressourcen, z.B. für Familien, welche die Elternbeiträge nicht finanzieren können.

Die aufsuchende Sozialarbeiterin nimmt gezielt Kontakt mit jenen Familien auf, deren Kinder speziell gefördert werden sollen. Die Kontaktaufnahme erfolgt auf Hinweis von Fachpersonen und -stellen in Absprache mit der Familie. Die aufsuchende Sozialarbeiterin stellt die spezifischen Bedürfnisse der Familien und Kinder fest, vermittelt geeignete Förderangebote für die Kinder und ermöglicht den Eltern den Zugang zu Angeboten der Elternbildung. Sie berät die Eltern und stärkt ihre Ressourcen und Kompetenzen. Dank dieser Arbeit mit den Familien wird die aufsuchende Sozialarbeiterin auch wichtige Hinweise für die Weiterentwicklung der unterstützenden Angebote geben können.

Es gilt, insbesondere den Kindern von bildungsfernen, sozioökonomisch benachteiligten Familien durch die Frühförderung einen guten Schulstart zu ermöglichen. Die Frühförderung im Vorschulalter ist generell wirksamer als später einsetzende Therapien oder sonderpädagogische Massnahmen. Die Fachstelle Frühförderung beruht auf einem Kredit des Winterthurer Grossen Gemeinderats vom Juni 2009 und von Beschlüssen der Bezirksjugendkommission.

Link: www.integration.winterthur.ch

Bund

Altes Spital – im Dienste der Begegnung

Kantone

Gemeinden

Das Alte Spital Solothurn hat eine Leistungsvereinbarung mit der Stadt Solothurn für den Betrieb eines Begegnungszentrums mit bedürfnisgerechten Angeboten für die Bevölkerung der Stadt und Region Solothurn in den Bereichen Jugend, Integration und Kultur.

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

Bei der Erarbeitung des Integrationskonzeptes des Alten Spitals, welches unter Beizug von diversen Fachpersonen und MigrantInnen entwickelt wurde, wurde das Bedürfnis für eine Bildungsreihe für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund sichtbar. Dabei sollen Themenbereiche wie beispielsweise Gesundheit, Bildung, Arbeit, Politik, Familie und Religion Platz finden. Das Bedürfnis wurde in erster Linie von den Vereinen der Ausländerorganisation des Alten Spitals angemeldet, mit der Begründung, dass es Bildungsveranstaltungen in dieser Form in und um Solothurn nicht gibt, seitens der Mitglieder und der MigrantInnen jedoch ein grosses Interesse daran besteht.

Mit diesem Projekt soll in erster Linie Wissensvermittlung an Menschen mit und ohne Migrationshintergrund geliefert werden. In der Pilotphase wurden in drei Veranstaltungen die Themen „neues Ausländergesetz“, „Ein Knoten in der Brust! Was mache ich?“ sowie „Nachholbildung: Mit Berufserfahrung zum Lehrabschluss“ von ausgewählten Fachpersonen erläutert. Am Ende der Veranstaltungen gab es Kleingruppen, in welchen Übersetzungshelfer und -helferinnen die letzten sprachlichen Unklarheiten beseitigen konnten. Je nach Referat gaben über 83% Die meisten Besucherinnen und Besucher fanden grossen Nutzen in der Veranstaltung und die erhaltenen Informationen gut verständlich übermittelt.

Nebenbei ergab sich dadurch ein gesellschaftlicher Treffpunkt möglichst vieler unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen, die sich nach den Referaten weiter austauschten. Da unterschiedliche Themata aufgegriffen wurden, um unterschiedliche Interessen abzudecken, erfolgte fast automatisch eine Zusammenführung und Begegnung von Menschen unterschiedlichster Kulturen. Erfreulich war, dass Menschen aus 13 verschiedenen Ländern zwischen 20 und 75 Jahren an den Informationsveranstaltungen teilgenommen haben. Dass es jedes Mal bis zu neun Schweizer Bürger darunter hatte, zeigte, dass das Ziel der Begegnung erreicht werden konnte.

Geplant ist, die Bildungsreihe langfristig zu etablieren, damit sie jährlich in den Herbst- / Wintermonaten angeboten werden kann.

Link: www.altesspital.ch

Bund

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

Jahresbericht 2009 und Jahresziele 2010 der Integrationsförderung

Auf der Website der Integrationsförderung der Stadt Zürich ist der Jahresbericht 2009 aufgeschaltet. Er enthält verschiedenste Zahlen und Fakten und vermittelt einen Überblick über die Aufgaben und Tätigkeiten der Integrationsförderung. Ausserhalb der regelmässigen Aktivitäten waren 2009 insbesondere der Rassismusbericht, der Integrationsbericht und der Aufbau der neu konzipierten Sprachförderung von Bedeutung. Ebenfalls aufgeschaltet ist eine Übersicht über die wichtigsten Jahresziele 2010.

Sonderauswertung zur Bevölkerungsbefragung

Die Antworten der ausländischen Bevölkerung in der von Stadtentwicklung Zürich durchgeführten Bevölkerungsbefragung 2009 wurden in einer kleinen Sonderauswertung zusammengestellt. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass AusländerInnen und SchweizerInnen viele Aspekte ähnlich sehen. Alle fühlen sich in Zürich wohl und beurteilen die Lebensqualität positiv. Unterschiede gibt es unter anderem bei der Problemwahrnehmung, dem Verkehr und dem Wissen über die 2000-Watt-Gesellschaft.

Stadtinterne Veranstaltungsreihe zur tamilischen Bevölkerung

Für direkt oder indirekt für die Stadt Zürich tätige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter findet 2010 eine kleine Veranstaltungsreihe statt, bei der verschiedene Themenstellungen zur Arbeit mit der tamilischen Bevölkerung aufgegriffen werden. Wer die einzelnen Einladungen erhalten möchte, kann sich mit dem Online-Formular anmelden.

Weitere Informationen auf der Website:

www.stadt-zuerich.ch/integration

Bund

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

Publikationen zu den Themen Migration, interreligiöser Dialog, kulturelle Vielfalt und Flüchtlinge

Ängste, die wir nicht mehr haben.

Ein Blick auf überwundene Schwierigkeiten beim religiösen Zusammenleben, 2009

Ängste haben eine Halbwertszeit und religiöse Gemeinschaften, denen wir noch bis vor kurzem ängstlich und mit Misstrauen begegneten, gehören heute selbstverständlich dazu. Die Broschüre blickt mit einem Schmunzeln in die Vergangenheit und regt – ohne Moralien – zum Nachdenken an.

«Gottes Volk hat viele Farben».

Migrationskirchen als Herausforderung und Chance, 2009

Viele der heutigen Zuwandernden in die Schweiz gehören nicht fremden "exotischen" Religionen an, sondern sind Christinnen und Christen und treffen sich in Migrationskirchen. Was ist eine Migrationskirche, welche theologischen und soziologischen Fragen stellen sich?

Hinschauen – Begegnung wagen – Grenzen aufzeigen.

Zusammenleben in religiöser und kultureller Vielfalt, 2010

Die Publikation der Evangelischen Frauen Schweiz (EFS) macht deutlich, wie wichtig im Umgang mit religiöser und kultureller Vielfalt der sensible Gebrauch von Begriffen und ein differenzierter Blick sind.

Weitere Publikationen der EFS: www.efs.ch.

Mit der schwierigen Erinnerung in der sicheren Fremde.

Porträts von Folter- und Kriegsopfern in der Schweiz, 2009

16 eindrückliche, mutige Zeugnisse, die daran erinnern, dass jeder Mensch das Recht hat, Schutz vor Verfolgung und Krieg zu suchen.

Dieses Heft entstand in Zusammenarbeit dem Schweizerischen Forum für Migrations- und Bevölkerungsstudien der Universität Neuenburg sowie den beiden Ambulatorien für Folter- und Kriegsopfer in Bern und Zürich.

Text: Martina Kamm. Fotografie: Meinrad Schade

Diese und weitere Publikationen können mit einem adressierten Rückantwortkuvert und Briefmarken von Fr. 4.- bei der Fachstelle Migration, Speichergasse 29, 3011 Bern, bestellt werden oder auf der Website www.refbejuso.ch/migration bzw. <http://www.refbejuso.ch/publikationen/publikationen-migration-integration.html> als pdf-Dateien heruntergeladen werden (die meisten Publikationen sind auch auf Französisch erhältlich).

Bund

10-jähriges Bestehen – neue Aktivitäten

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

Das Forum für die Integration der Migrantinnen und Migranten FIMM - die Dachorganisation von Vereinen für Migrantinnen und Migranten - tagte am 20. März 2010 für die 10. Generalversammlung. Mit der Unterstützung und Förderung verschiedener Aktivitäten und durch das Zusammenführen von gemeinsamen Interessen innerhalb der Basis stellte das FIMM in den letzten 10 Jahren eine rege genutzte Austauschplattform zur Verfügung.

Das FIMM hat 2009 ein Projekt im Gesundheitsbereich initiiert. Mit dem Präventionsprojekt „Von MigranInnen - für MigrantInnen“ möchte sich das FIMM dafür einsetzen, dass das Wissen von MigrantInnen über die Gesundheit und die Nutzung des Schweizer Gesundheitswesens verbessert wird. Ausserdem wird die Eigenverantwortung der MigrantInnen für ihre Gesundheit und für Massnahmen zur Prävention ins Zentrum gerückt. Mit einem aufsuchenden Ansatz möchte das FIMM ihre Zielgruppe erreichen. Das FIMM ist bestrebt, das Thema Gesundheit zu einem Bestandteil seiner Vereinsaktivitäten werden zu lassen. Um dieses Ziel zu erreichen, wird das FIMM im Verlaufe des Jahres 2010 ungefähr 20 Veranstaltungen mit Vereinen von MigrantInnen durchführen.

Weiter wird das FIMM im Rahmen einer Tagung im Jahr 2010 die Rolle der Medien bezüglich der Integrationspolitik der Schweiz erörtern. Die FIMM-Arbeitsgruppe „Information und Kommunikation“ wird dabei eine federführende Rolle übernehmen.

Die Tagung soll unter anderem folgende Fragen beantworten:

- Ob und inwiefern lassen sich einige Medien in Migrationsfragen von gewissen politischen Parteien, oder Interessengruppen lenken lassen?
- Warum konnten die Migrantengemeinschaften bisher keine nennenswerte mediale Stimme erlangen?
- Was wird unter „transkultureller Medienkompetenz“ im journalistischen Bereich verstanden?

In seinen Aktivitäten stellt das FIMM den Dialog und das gegenseitige Verständnis in den Vordergrund. Das FIMM möchte mehr Gewicht auf die verbindenden Besonderheiten und Werte legen, da diese eine entscheidende Rolle im Zusammenleben spielen.

Link:

FIMM: www.fimm.ch

Bund

Studie zu Migrationskirchen

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

„Neue Migrationskirchen in der Schweiz“ heisst die am 25. Februar 2010 veröffentlichte SEK-Studie mit empirischem Material, theologischen und sozialwissenschaftlichen Überlegungen sowie Handlungsempfehlungen zu den neuen Migrationskirchen in der Schweiz.

Über 300 verschiedene neue Kirchen wurden bis heute in der Schweiz von christlichen Migrantinnen und Migranten aus Lateinamerika, Afrika und Asien gegründet. Mit der nun vorliegenden Studie „Neue Migrationskirchen in der Schweiz“ leistet der Schweizerische Evangelische Kirchenbund SEK einen Beitrag zur differenzierten Wahrnehmung dieses komplexen Phänomens.

Die Studie gibt auf nationaler Ebene erstmals einen Überblick zu Organisationsform, Zahl und Mitgliedern der Migrationskirchen. Anhand theologischer und sozialwissenschaftlicher Fragestellungen wird das Verhältnis zur Gesellschaft allgemein sowie zu den einheimischen Kirchen thematisiert: Die neue, fremde Vielgestalt von Kirche fordert das christliche Verständnis von Gemeinschaft heraus. Welche Chancen bietet eine gelingende Integration für die Vielfalt der protestantischen Kirchengemeinschaft in der Schweiz? Theologisch sensible Punkte wie Gottesdienstpraxis und Mission sowie das Bibel- und Amtsverständnis werden in diese Überlegungen einbezogen.

Unter dem Leitgedanken „Zusammen Kirche sein“ bietet die Studie konkrete Handlungsperspektiven. Im Vordergrund stehen die Förderung der Begegnung mit den Migrationskirchen, eine bessere thematische Vernetzung auf nationaler Ebene sowie die Stärkung der integrativen Funktion von Migrationskirchen für ihre Mitglieder und die Öffnung landeskirchlicher Strukturen sowohl für Migrationskirchen als auch für einzelne Migrantinnen und Migranten.

Hinweis: Die Studie (127 Seiten) kann im SEK-Shop unter www.sek.ch/shop heruntergeladen oder für CHF 15. – bestellt werden.

Bund

Tagung «Migration und Wirtschaft»

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

Am 21. Mai 2010 führt das Zentrum für Migrationsrecht (Centre de droit des migrations, CDM) an der Universität Neuenburg eine Tagung zum Thema Migration und Wirtschaft durch. Die Tagung hat zum Ziel, die rechtliche Behandlung des Phänomens Arbeitsmigration besser zu erfassen.

Die Tagung versammelt Akteure aus der Wirtschaft und Forschende, die in kurzen Präsentationen ihre jeweiligen Sichtweisen auf dieses Phänomen vorstellen werden. Sämtliche behandelten Themen sind Gegenstand einer ausführlicheren Publikation, in der ein Überblick über das Rechtsgebiet der Arbeitsmigration gegeben wird und Überlegungen zu aktuellen Fragen von Praktikern und der breiteren Bevölkerung angestellt werden.

Die Tagung «Migration und Wirtschaft» ist die erste von vier Tagungen (zu den Themen Migration und Wirtschaft, Migration und Familie, erzwungene Migration, Migration und Abreise), die vom CDM bis 2012 organisiert werden. Das CDM – ein interuniversitäres (Universitäten Bern, Neuenburg und Freiburg, BENEFR) und interdisziplinäres Zentrum, das von der Schweizerischen Universitätskonferenz (SUK) finanziell unterstützt wird – hat seine Aktivitäten in Lehre und Forschung bereits im September 2009 aufgenommen. Es soll zu einem Kompetenzzentrum für Migrationsrecht werden. Zu diesem Zweck haben die rechtswissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten Bern, Freiburg und Neuenburg sowie das Zentrum für sozialwissenschaftliche Analysen (Maison d'analyse de processus sociaux, MAPS) der geistes- und sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Neuenburg ihre entsprechenden Kompetenzen vereint. Das Zentrum wird durch zwölf Personen der Partneruniversitäten gebildet, darunter fünf Professorinnen und Professoren, sechs Assistentinnen und Assistenten und eine Koordinatorin.

Mehr dazu: www.ius-migration.ch

Bund

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

Europäisches Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung

Nationale Fachtagung des SRK am 23. September 2010 in Bern

Sozial ausgegrenzt – psychisch krank. Ansätze zur Prävention und Integration.

Soziale Integration und psychische Gesundheit stehen miteinander in Wechselwirkung. Wer von der Gesellschaft ausgegrenzt wird, hat ein hohes Risiko, psychisch krank zu werden. Umgekehrt erfahren psychisch belastete Menschen besonders häufig soziale Ausgrenzung.

Die Tagung des SRK fragt nach Ursachen von sozialer Ausgrenzung und psychischer Belastung und untersucht die Auswirkungen für Betroffene und die Gesellschaft. Angesprochen sind Personen aus der Praxis, Verwaltung, Politik und Wissenschaft.

Link: www.recdcross.ch

Fotoband gegen Armut und soziale Ausgrenzung

Das SRK setzt mit einem Fotoband ein Zeichen gegen soziale Ausgrenzung. Die Fotografien von KlientInnen des SRK und ihre aufgezeichneten Lebensgeschichten zeigen die sehr unterschiedlichen und eindrücklichen Erfahrungen dieser Menschen mit Armut und Ausgrenzung auf. Die Fotografien und Geschichten werden durch rund 30 Statements von bekannten Schweizer Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Sport ergänzt. Sie rufen dazu auf, den von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen Menschen in der Schweiz mehr Respekt und Unterstützung entgegen zu bringen.

Das Buch erscheint im November 2010.

Nationale Tagung des Forums Alter und Migration zur sozialen und gesundheitlichen Situation der älteren Migrationsbevölkerung in der Schweiz am 30. November 2010 in Bern

Die Tagung zum Thema „Integration – auch eine Frage der Gesundheit“ richtet den Fokus auf die soziale und gesundheitliche Situation der älteren Migrationsbevölkerung in der Schweiz. Sie wird vom SRK im Auftrag des [Nationalen Forums Alter und Migration](#) organisiert.

Mit dem Auftritt einer Bundesratsvertreterin soll auch eine politische Anerkennung der von der ersten Einwanderungsgeneration erbrachten ökonomischen, sozialen und kulturellen Leistungen für die Schweiz erfolgen.

Links:

www.alter-migration.ch

www.redcross.ch

Bund

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

Demographie von Migrantinnen und Migranten

Vor dem Hintergrund der zunehmenden demographischen Bedeutung von Migrantinnen und Migranten in Deutschland findet am 10. und 11. Mai 2010 im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die Konferenz "Demographie von Migranten in Deutschland" statt. Ziel dieser Tagung, zu der zahlreiche nationale und internationale Gäste erwartet werden, ist es, das aktuelle demographische Verhalten von Migrantinnen und Migranten in Deutschland zu bestimmen und diese in einen internationalen Kontext zu stellen.

Die Forschungsgruppe des Bundesamtes führt diese Tagung in enger Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für Demographie e.V. (DGD) durch.

Neues Angebot: Daten zur Integration online

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge stellt ab sofort Daten zu verschiedenen Aspekten der Integration von Migranten in Deutschland online zur Verfügung. Die Datenbank "Integrationsreport" ermöglicht den Zugriff auf sozio-demographische Grunddaten der Zuwandererbevölkerung sowie auf Daten zur schulischen und beruflichen Bildung, zur sprachlichen Integration, zur Wohnsituation und zur Einbürgerung. Weitere Bereiche werden sukzessive folgen. Die Daten sind als kommentierte Excel-Tabellen aufbereitet.

Zur Datenbank Integrationsreport:

<https://milo.bamf.de/lide/livelink.exe/fetch/2000/702450/7940651/13318648/customview.html?func=ll&objId=13318648&objAction=browse&attlogi>
[n](#)

Migrationsbericht

Die Deutsche Bundesregierung hat ihren jüngsten Bericht über das Migrationsgeschehen in Deutschland publiziert. Aus Schweizer Sicht interessant: 90 Seiten des Berichts beleuchten die gesamteuropäische Migration (Spanien, Entwicklungseffekte durch Rückwanderung), 35 Seiten die Arbeitsmigration (Polen werden durch Rumänen und Bulgaren ersetzt, Hauptzielland von deutschen Auswanderern ist seit 2004 die Schweiz), 10 Seiten die deutsche Abwanderungsproblematik.

Bericht: http://www.integration-in-deutschland.de/nn_443874/DE/Migration/Forschung/Ergebnisse/Migrationsberichte/migrationsberichte-node.html?__nnn=true

Bund

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

Islam in Österreich

Über eine halbe Million Muslime leben derzeit in Österreich. Die aktuelle Publikation des ÖIF "Islam in Österreich" (Hg. Alexander Janda - Mathias Vogl) bietet einen fundierten Überblick über alle relevanten Fragestellungen in Zusammenhang mit dem Islam in Österreich. Der vorliegende Sammelband liefert aktuelle Zahlen zur muslimischen Bevölkerung in Österreich, eine rechtliche Auseinandersetzung mit den wichtigsten islamischen Riten und deren Vereinbarkeit mit dem österreichischen Recht sowie Information über die Organisation des Islam in Österreich.

Link:

http://www.integrationsfonds.at/fileadmin/Integrationsfond/5_wissen/Islam_Reader/20100216_Islambuch_final.pdf

Bund

Migration im Fokus 2009

Kantone

Jahresbericht der Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen EKM

Gemeinden

2009 war migrationspolitisch ein bedeutendes Jahr: die Personenfreizügigkeit mit der EU wurde per Volksabstimmung ausgeweitet und weitergeführt - und der Bau von Minaretten verboten. Weitere Informationen zum Thema Migration 2009 können im Jahresbericht 2009 der EKM nachgelesen werden: *Migration im Fokus 2009*.

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

Der Bericht führt auch die wichtigsten Aktivitäten, Publikationen und Empfehlungen der Kommission auf.

<http://www.ekm.admin.ch/de/dokumentation/publikationen.php#jahresberichte>

terra cognita 16 zum Thema Kinder und Jugendliche

Hadis, der Sohn eines mazedonischen Saisonniers, kommt in den Neunzigerjahren in die Schweiz, in eine kleine Gemeinde an der Zürcher Goldküste. Als einziger ausländischer Schüler in der vierten Klasse fühlt er sich fremd, nicht unbedingt willkommen. Gennys Eltern stammen aus Vietnam, er selber ist in Basel aufgewachsen. In seinem Schulhaus, in dem er sich seit bald zwei Jahren als Streitschlichter engagiert, gibt es «vielleicht 4 oder 5 Schweizer». Aishas pakistanische Eltern kamen als Flüchtlinge in die Schweiz. Sie geht gerne in den Mädchen-Schwimmunterricht, will aber nicht in die «Badi», weil sie dort alle «halbnackt» sehen könnten. Tatiana lebt seit 14 Jahren in Genf, illegal. Heute ist die 22 Jahre alt und findet keine Stelle. Nach Brasilien will sie auf keinen Fall zurückkehren: «Meine Freunde und meine Freiheit sind hier.»

Die willkürlich ausgewählten Beispiele zeigen, wie unterschiedlich das Leben von Migrantenkindern und -jugendlichen in der Schweiz sein kann. Was beschäftigt sie? Was ist ihr Traumberuf, welches sind ihre Ausbildungsmöglichkeiten? Was steht ihnen zu? Wie werden sie behandelt?

terra cognita 16 hat vielfältige Antworten zu diesen Fragen zusammengetragen:

www.terra-cognita.ch

Bund

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

Kosten und Nutzen des interkulturellen Übersetzens im Gesundheitswesen (Vorstudie)

Das Büro BASS hat im Auftrag des Bundesamts für Gesundheit untersucht, wie sich der Einsatz von interkulturellen Übersetzerinnen und Übersetzern im Gesundheitswesen auswirkt. Auf der Basis medizinischer Wirkungsketten werden Kosten und Nutzen der Übersetzung identifiziert und beschrieben. Darüber hinaus zeigen Fallstudien, wie sprachbedingte Verständigungsprobleme Kosten verursachen können, die durch geschulte Übersetzer/innen vermieden werden können.

Zusammenfassung und Teilberichte:

http://www.buerobass.ch/aktuell_d.php

Zwangsheirat: Hintergrund, Massnahmen, lokale und transnationale Dynamiken

Autorinnen: Janine Dahinden und Yvonne Riaño

Im Kontext von globalen sozialen Transformationen, erhöhter Mobilität und einer verstärkten Transnationalisierung tauchen von Zeit zu Zeit immer wieder neue Phänomene auf, die eine Herausforderung für die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen bedeuten: Meist fehlt zu Beginn für diese neuartigen Themen wissenschaftlich fundiertes Wissen, das die Implementierung von konkreten und realistischen Massnahmen erlauben würde.

Die Frage der *Zwangsverheiratung resp. Zwangsehe* ist eines dieser Phänomene, das in verschiedenen europäischen Ländern in letzter Zeit ins politische Kreuzfeuer geriet und für das wir bisher quasi kein gesichertes empirisches Wissen zur Hand haben. Die vorliegende Studie arbeitet diese Forschungslücken auf und schafft auf Sachwissen beruhende Grundlagen: Anhand von Interviews mit Experten werden die Prozesse und Gründe aufgezeigt, die in eine Vielfalt von unterschiedlichen Zwangssituationen im Zusammenhang mit Partnerwahl, Heirat und Ehe münden können. Die Untersuchung wurde von der Fachstelle für Gleichstellung der Stadt Zürich in Auftrag gegeben und finanziert.

Link:

Seismo Verlag: <http://www.seismoverlag.ch/>

Bund

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

Deutsch für den Arbeitsmarkt

Die Sprachförderung spielt bei der arbeitsmarktlichen Integration von fremdsprachigen Stellensuchenden eine bedeutende Rolle. Bei den Teilnehmenden an den von der Arbeitslosenversicherung finanzierten Sprachkursen handelt es sich häufig um Schulungsgewohnte. Diese Zielgruppe muss mit adressatengerechten didaktischen Instrumenten gefördert werden.

Aus diesem Grund hat das SECO die Erstellung eines Rahmenkonzepts zur arbeitsmarktorientierten Sprachförderung in Auftrag gegeben. "Deutsch für den Arbeitsmarkt" gibt Projektleitenden, die bei der auftraggebenden Behörde tätig sind, sowie Kursverantwortlichen bei Bildungsanbietern Hinweise, wie Sprachförderungsangebote teilnehmerbezogen gestaltet und auf die sprachlichen Anforderungen des Arbeitsmarktes ausgerichtet werden können. Das Rahmenkonzept zeigt weiter auf, wie die Sprachförderung in den Arbeitsteil von Beschäftigungsprojekten gezielt Eingang finden kann.

Zu den weiteren wichtigen Elementen der Publikation gehören zahlreiche Instrumente zur internen und externen Qualitätssicherung (Beobachtungsraster für den Unterricht, Anforderungsprofile an Kursleitende etc.) sowie arbeitsmarktbezogene Kompetenzbeschreibungen (Kann-Beschreibungen) auf den Niveaus A1-B1 des Gemeinsamen europäischen Referenzrahmens für Sprachen (GER). Letzteres Hilfsmittel ermöglicht, arbeitsmarktbezogene Lehr- und Lernziele zu bestimmen und Lernfortschritte sichtbar zu machen.

Das Rahmenkonzept ist in deutscher und französischer Sprache erschienen.

Titel: Ernst Maurer, Deutsch für den Arbeitsmarkt, Klett Zug 2010.

Link: www.seco.admin.ch

Bund

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

Berufswahl und Lehre

Berufliche Orientierungs- und Entscheidungsprozesse ausländischer und schweizerischer Jugendlicher

Autor: Romano Müller

Vor dem Hintergrund der sozio-kognitiven Karrieretheorie gibt das Buch in getrennt lesbaren Kapiteln Auskunft zu folgenden Fragen:

- Welches sind die zentralen Faktoren des beruflichen Orientierungsprozesses?
- Können Bildungsbenachteiligungen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in der Lehre kompensiert werden?
- Wie gut eignen sich schulische Bildungsvoraussetzungen für die Allokation in einem bestimmten Lehrberuf?
- Welche Art von Kompromissen müssen die Jugendlichen beim beruflichen Entscheidungsprozess eingehen?
- Wie zufrieden sind Lehrlinge mit ihrer Berufswahl und in der Berufslehre?
- Welche Leistungen erbringen Berufsberatungen? Wie verfahren Betriebe bei der Bewerbung um eine Lehrstelle?
- Was leistet die Schule?
- Erfolgt sozialer Aufstieg, Abstieg oder Statuserhalt von Lehrlingen im Vergleich mit den Berufen ihren Eltern?

Das Buch gibt zudem Einblick in das duale Berufsbildungssystem der Schweiz und erörtert den aktuellen Stand der Berufsfeldforschung.

Link:

hep-Verlag: www.hep-verlag.ch

Bund

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde